

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

**der Abgeordneten Katharina Günther-Wünsch und Cornelia Seibeld
(CDU)**

vom 19. Januar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Januar 2022)

zum Thema:

Rassismus, religiöses Mobbing und Antisemitismus an Schulen

und **Antwort** vom 03. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Februar 2022)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Katharina Günther-Wünsch und
Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10687

vom 19. Januar 2022

über Rassismus, religiöses Mobbing und Antisemitismus an Schulen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Formen von Rassismus gibt es an Berliner Schulen, wo werden diese erfasst und wer kann sie melden?

Zu 1.: Rassismus kann sich in unserer Gesellschaft in verschiedenen Formen äußern und kann auch im schulischen Kontext auftreten. Valide Daten liegen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dazu nicht vor. Berliner Schulen, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler können sich bei rassistischen Vorfällen an die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) wenden. Letztere bieten die Möglichkeit, sich neutral, kostenfrei und vertraulich beraten zu lassen. Auch die Schulaufsichten unterstützen die Schulen bei Bedarf.

Darüber hinaus fördert die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ zivilgesellschaftliche Meldestellen, wie die „Berliner Registerstellen“, zur Erfassung unter-

schiedlicher Diskriminierungsformen, u.a. zu Rassismus. Die „Berliner Registerstellen“ dokumentieren Vorfälle, die „rassistisch, antiziganistisch, antimuslimisch, anti-schwarz, antisemitisch, extrem rechts, LGBTIQ*feindlich, behindertenfeindlich, sozialchauvinistisch und antifeministisch motiviert“ sind.

Darüber hinaus werden über das o.g. Landesprogramm weitere Projekte gefördert, die ein teilweise merkmalspezifisches Monitoring vornehmen. Dabei handelt es sich um folgende Projekte:

- Anlauf- und Fachstelle Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS), (Life e.V.)
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), (Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.)
- Dosta: Dokumentationsstelle Antiziganismus - Meldung von Vorfällen und Erstberatung für Betroffene, (Amaro Foro - transkulturelle Jugendsebstorganisation von Roma und Nicht-Roma e. V.)
- Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, (Inssan e.V.)
- REDAR - Recherche und Dokumentationsprojekt / Monitoring islamfeindlicher Vorfälle, (Transaidency e. V.)
- Each One Antidiskriminierung / Monitoring anti-Schwarzer Rassismus, (Each One Teach One (Eoto) e. V.).

Sämtliche Meldemöglichkeiten stehen allen Betroffenen sowie Zeuginnen und Zeugen, auch aus dem Bereich Schule, offen.

2. Welche Formen von religiösem Mobbing gibt es, wo werden diese erfasst und wer kann sie melden?

Zu 2.: Auch im Fall von religiösem Mobbing stehen die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) mit Möglichkeit der Beratung und Unterstützung sowie die Schulaufsichten bei Bedarf zur Verfügung.

3. Gibt es Formen von Antisemitismus. wo werden diese erfasst und wer kann Sie melden?

Zu 3.: In Berlin äußert sich Antisemitismus in verschiedenen Facetten. Die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung fördert im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), die alle Formen von Antisemitismus in Berlin in ihrem Monitoring-System erfasst. Die Meldemöglichkeiten stehen allen Betroffenen sowie Zeuginnen und Zeugen offen. Auch die oben genannten Registerstellen führen „Antisemitismus“ als Diskriminierungskategorie.

Berliner Schulen, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler können sich auch bei antisemitischen Vorfällen an die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) wenden, die ebenso wie die Schulaufsichten mit einer neutralen, kostenfreien und vertraulichen Beratung und Unterstützung als mögliche Anlaufstelle zur Verfügung stehen.

4. Gibt es eine schul- und bezirksbezogene Auflistung von Rassismus-, Mobbing- und Antisemitismusvorwürfen und wenn ja, bitte eine Übersicht beifügen.

Zu 4.: Eine Auflistung von schul- und bezirksbezogenen Meldungen liegt weder der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie noch der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung vor. In den letzten Jahren hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wiederholt auf die eingeschränkte Aussagekraft der im sogenannten „Meldeverfahren“ erhobenen Daten hingewiesen. Vor diesem Hintergrund beauftragte die Bildungsverwaltung 2017 und 2018 die Evaluation des Hilfe- und Unterstützungsverfahrens für Gewalt, Krisen und Notfälle an Berliner Schulen. Von einer zentralen Erfassung und Auswertung der Meldungen der Schulen wird seit der Evaluation abgesehen. Die Ergebnisse der Evaluation bilden die Grundlage für die aktuell noch andauernde Überarbeitung des Melde- und Unterstützungsverfahrens.

Im Hinblick auf Daten und Entwicklungen zu Straftaten an Berliner Schulen wird auf die polizeiliche Kriminalstatistik verwiesen.

5. Welche Präventionsmaßnahmen gegen Rassismus, religiöses Mobbing und Antisemitismus gibt es von Seiten des Senats?

Zu 5.: Der Senat finanziert folgende Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote, die auch oder ausschließlich an Schulen und Jugendeinrichtungen gerichtet sind:

- Amadeu-Antonio-Stiftung, Förderung der antisemitismus- und rassismuskritischen Praxisstelle zur Qualifizierung und Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe
- „Praxisstelle Bildung und Beratung“ der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), Angebote für eine prozessorientierte, dauerhafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und Diskriminierung
- Projekt „meet2respect“ (Workshops und Unterrichtsbesuche von jüdischen, muslimischen und christlichen Religionsvertreterinnen und -vertretern)

- Projekt „Interreligious peers“ der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (Ausbildung von jungen Juden, Christen, Muslime und Bahá'í zu Interreligious Peers, die Workshops an Schulen zu religiöser und weltanschaulicher Vielfalt durchführen)
- Förderung des Lernorts „7xjung“ von Gesicht Zeigen! e.V. (Workshops zum Thema Antisemitismus für Schülerinnen und Schüler und Fortbildungen für pädagogische Fach- und Lehrkräfte)
- Projekt „AntiAnti Prävention von Onlineradikalisierung“ des Vereins „medial-epfade.org – Verein für Medienbildung“ mit dem Zweck der Primärprävention von Online-Radikalisierungsprozessen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Islamismus und Antisemitismus
- Berliner Landeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (Träger: Aktion Courage e.V.)
- „Schüler*innen Dialog: Mein Kiez, meine Stadt – Angekommen in Berlin!“ (August-Bebel-Institut)
- Interkulturelles Schulprojekt Babylon (Babel e.V.)
- Prävention von antimuslimischem Rassismus im Bereich Grundschule (Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.)
- Berufsschulen und Oberstufenzentren für Zusammenhalt, Demokratie und Vielfalt (Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung / DEVI e. V.)
- „TOLEDO to do“ als Baustein von diskriminierungskritischer Schulentwicklung an Berliner Schulen verankern (LIFE - Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e. V.)
- Diskriminierungserfahrene ergreifen das Wort: „Es geht um unsere Schulen und Kitas“ (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie / RAA e. V.)
- Fachstelle für Pädagogik zwischen Islam, antimuslimischem Rassismus und Islamismus (Ufuq e.V.)
- Mit Bildungsarbeit Antisemitismus entgegentreten (Anne-Frank-Zentrum Berlin e. V.)
- Bildung in Widerspruch - Online gegen Antisemitismus (Bildung in Widerspruch e.V.)
- Bewegte Vielfalt: Deutsch-deutsche Perspektiven auf Antisemitismus, Rassismus und sozioökonomische Deklassierung (Bildungsbausteine gegen Antisemitismus)
- Tikkun (Jüdisches Bildungswerk für Demokratie und gegen Antisemitismus gUG)
- Meet a Jew (Zentralrat der Juden in Deutschland).

6. Welche konkreten Maßnahmen, um Betroffenen zu helfen, gibt es seitens des Senats?

Zu 6.: Die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung fördert verschiedene zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, die Betroffene und ihre Angehörigen, sowie Zeuginnen und Zeugen antisemitischer, rassistischer oder diskriminierender Vorfälle und Gewalttaten beraten, begleiten und unterstützen. An diese Beratungsstellen können sich auch Betroffene aus dem Bereich Schule wenden. Dabei handelt es sich um:

- Anlaufstelle Diskriminierung an Schulen / ADAS, (Träger: LIFE - Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e. V.), (Ko-Finanzierung mit Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- KiDs - Kinder vor Diskriminierung schützen! (Internationale Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie / INA gGmbH, Ko-Finanzierung mit SenBJF)
- Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg / ADNB, (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg / TBB e. V.)
- OFEK Berlin, (OFEK e. V., Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung)
- ReachOut; Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, (Ariba e.V.)

7. Welche Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen bezogen auf Rassismus, religiöses Mobbing und Antisemitismus gibt es für Pädagogen und Interessierte, insbesondere im Rahmen der regionalen Fortbildung?

Zu 7.: Die Regionale Fortbildung Berlin bietet zur Prävention von Rassismus, religiösem Mobbing und Antisemitismus fortlaufend Fortbildungen und Beratungen an. Dazu gehören Fortbildungen zu den Themen Verständnis und Dialog bzw. Dialog der Weltreligionen im Rahmen der Demokratieerziehung, Umgang mit Vielfalt, Classroom Management für interkulturelle Klassen und Prävention religiös motivierter menschenrechtsfeindlicher Einstellungen. Zusätzlich zu den regulären Angeboten der Lehrkräfte-Fortbildungen in diesem Feld wurden im Jahr 2021 die Angebote in dem Bereich „Fortbildung für religiös und politisch motivierte Konflikte in Schulen sowie Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften“ ausgeweitet. Es handelt sich um Unterstützungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte an Grundschulen, weiterführenden und beruflichen Schulen in Zusammenarbeit mit verschiedenen außerschulischen Trägern. Die Lehrkräfte wurden über Inhalte wie Religion, Antisemitismus, Islamismus, Radikalisierung und Umgang mit Diskriminierung informiert und in ihren Beratungskompetenzen gestärkt.

Seit 2018 organisiert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie jährlich eine 10-tägige Fortbildungsreise von Berliner Lehrkräften und pädagogischem Personal an die Internationale Gedenkstätte Yad Vashem in Israel. Auch bei Weiterbildungen werden diese Themen an verschiedenen Stellen aufgegriffen. Zum Beispiel im Weiterbildungslehrgang Ethik.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt die Lehrkräfte außerdem mit einschlägigen Materialien und Hinweisen:

- Die Handreichung „Antisemitismusprävention an Grundschulen“ (in Kooperation mit dem Anne-Frank-Zentrum) ist abrufbar unter: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>
- Der monatliche Newsletter der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Prävention von Antisemitismus in der Schule informiert, welche Veranstaltungen, neue pädagogische Materialien, Best Practice-Beispiele etc. es in den Kategorien Jüdisches Leben früher und heute, Antisemitismusprävention und Bildungsarbeit zur Geschichte des Holocaust aktuell in Berlin und Umland gibt: <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>

Im Rahmen der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin erhalten die pädagogischen Fach- und Lehrkräfte vielfältige Unterstützung zu den Themen Rassismus und Antisemitismus in Form von Veranstaltungen und Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (jährlich rund 15-20 Veranstaltungen z.B. Tagungen, Fortbildungen, Führungen, Lesungen, etc.) sowie durch Publikationen und Informationsmaterialien.

8. Jüngst gab es eine Umfrage durch die vom Berliner Senat geförderte „Anlaufstelle für Diskriminierung an Schulen“ (Adas), dabei ging es um die Diskriminierungserfahrung junger Muslime.

- a) Ist diese Umfrage und deren Auswertung öffentlich einsehbar?
- b) Wurde auch eine solche Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen von jungen Juden und jungen Christen durchgeführt? Wenn ja mit welchen Ergebnissen, wenn nein warum nicht und zu welchem Zeitpunkt ist eine solche geplant?
- c) Wie erfolgte die Auswahl der befragten Personen, für die oben erwähnte Umfrage?
- d) Was war die Motivation für die oben erwähnte Umfrage?
- e) Wie erfolgt die Finanzierung der Adas? Wie hoch sind die eingesetzten Haushaltsmittel?

Zu 8a.: Ja.

Zu 8b.: Eine deutschlandweite Studie zu Diskriminierungserfahrungen jüdischer Schülerinnen und Schüler liegt vor (siehe Bernstein, J.: Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde - Analysen - Handlungsoptionen. Beltz Juventa, Weinheim 2020). Die untersuchten Interviews decken die verschiedenen Strukturen und Erscheinungsformen des Antisemitismus auf und führen an, dass Antisemitismus nie überwunden wurde oder gesellschaftlich verschwunden war. Des Weiteren mangle es Lehrkräften an der Kompetenz, Antisemitismus in Bezug auf Israel zu erkennen, so dass diesem nicht professionell entgegen gewirkt werde.

Dem Senat ist keine Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen christlicher Schülerinnen und Schüler bekannt.

Zu 8c.: Gemäß Studienbericht wurden von ADAS muslimische Jugendliche im Alter zwischen 14 und 27 Jahren befragt, die Veranstaltungen der Jugendarbeit in Berliner Moscheegemeinden oder islamisch ausgerichteten Vereinen und Initiativen besuchten. In Folge einer Recherche zu Initiativen und Gruppen der muslimischen Jugendarbeit in Berlin wurde eine Auswahl verschiedener Gruppen getroffen, die die muslimische Vielfalt der Stadt mit Blick auf ethnische und konfessionelle Vielfalt repräsentieren und hinsichtlich Größe und Länge des Bestehens relevant sein sollen.

Zu 8d.: Die im Projektverlauf eingegangenen Meldungen bei ADAS zu religions- bzw. islambezogenen Diskriminierungsfällen, bisherige Daten anderer Antidiskriminierungsstellen sowie die Ergebnisse einer juristischen Recherche zu religionsbeschränkenden Regelungen in Hausordnungen und durch Anweisungen von Lehrkräften gaben den Hinweis auf problematische Praktiken in Berliner Schulen sowohl aus rechtlicher als auch aus einer Antidiskriminierungsperspektive.

Zu 8e.: Das Projekt ADAS wurde zunächst durch die Lotto-Stiftung finanziert. Seit Oktober 2020 erfolgt die Finanzierung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung. Im Haushaltsjahr 2021 wurden Mittel in Höhe von 225.061,02 € (inkl. 60.000 € auftragsweise Bewirtschaftung von Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) eingesetzt.

Berlin, den 3. Februar 2022

In Vertretung
Alexander Slotty
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie